

„Wissenschaftliche Politikberatung“ 10 Fragen zum Thema an Peter Weingart



Peter Weingart

1. Was ist PB, wer berät, wer lässt sich beraten?

Politikberatung nimmt viele Formen an, von der informellen, individuellen Beratung durch Vertraute über die ‚Beratung‘ mit dem Ziel der interessierten Einflussnahme durch Lobbyisten, die Beratung durch ad hoc eingesetzte Kommissionen (z.B. die Hartz-Kommission), die ungefragte Beratung durch unabhängige Forschungsinstitute und NGO's, die teuer bezahlte aber sehr populäre Beratung durch Unternehmensberatungsfirmen, bis zur formalisierten, gesetzlich verankerten Beratung durch wissenschaftliche Experten in eigens dafür eingerichteten Gremien wie z.B. die wissenschaftlichen Beiräte der Ministerien oder den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage.

Je nachdem, wer nach Rat fragt und wer ihn gibt, unterscheiden sich die Beratungsaufträge. Beraten werden die Regierung, die Parlamentarier und – seit einiger Zeit verstärkt – die Ministerien, die sich durch Beratungsaufträge nach außen Sachverstand kaufen, den sie selbst durch Personaleinsparungen aufgeben haben.

2. Welche Wirkung wird von Politikberatung erwartet?

Die Erwartungen an die Politikberatung sind auf Seiten der Berater meist andere als auf Seiten der Beratenen. Typischerweise erwarten die Berater, insbesondere wissenschaftliche Experten, dass ihr Rat in politische Entscheidungen mündet. So ist die Klage darüber, dass ihr Rat nicht gehört wird, unter Ökonomen weit verbreitet.

Unter den Politikern sind die Erwartungen an den Rat unterschiedlich. In manchen Situationen wird eindeutiger Rat erwartet, um eine anstehende Entscheidung zu erreichen und ggf. auch zu legitimieren. Wird es eine Schweinegrippenpandemie geben? Wenn ja, muss flächendeckend geimpft werden. In anderen Situationen wird vom Rat ein Überblick über die Forschungslage zu einem bestimmten Problem erwartet, aus dem sich eine Reihe von Optionen für Entscheidungen entwickeln lassen. Gibt es den anthropogenen Klimawandel und wenn ja, was kann getan werden, um ihn zu verhindern?

3. Ist das Ideal einer „rationalen“ Gestaltung von Politik hilfreich?

Das Ideal ist hilfreich, um die tatsächlichen Möglichkeiten der Politik damit zu kontrastieren. Dabei muss allerdings auch bedacht werden, dass die ‚Rationalität‘ im Sinne wissenschaftlich begründeter Entscheidungen keineswegs immer klar erkennbar ist. Im Gegenteil, wissenschaftliches Wissen in Bezug auf Entscheidungen ist häufig unsicher, dementsprechend auch die Rationalität der Entscheidungen. Da es bei politischen Entscheidungen in der Regel um die Vermittlung unterschiedlicher Interessen geht, müssen die aus wissenschaftlicher Sicht gebotenen Entscheidungen zugleich auch diese Interessen berücksichtigen. Idealtypisch sind deshalb ‚epistemische‘ und ‚politische Robustheit‘ der Beratung und der darauf beruhenden Entscheidungen zu unterscheiden.

4. Inwieweit ist im Rahmen der Politikberatung der systematische Problemzugriff der Wissenschaft für politisches Handeln, das sich an Alltagsproblemen orientieren muss, relevant?

Der systematische Zugriff der Wissenschaft kann helfen, ein neues Licht auf Alltagsprobleme zu werfen. Zwischen Alltagsproblemen und wissenschaftlichen Problemen besteht ja kein prinzipieller Gegensatz. Der systematische Zugriff der Wissenschaft kann allerdings irrelevant für die Politik werden, wenn er keinen erkennbaren Bezug zu den ‚Alltagsproblemen‘ hat.

5. Ist Wissen der einzige Bezugspunkt wissenschaftlicher Politikberatung oder lassen sich auch noch andere Bezugspunkte denken?

Weil Politik Interessenausgleich leisten muss und Interessen ganz unterschiedliche Begründungen haben (Wahrnehmung materieller Vor- bzw. Nachteile; Wertbezüge) muss Politikberatung Wert- und Interessenbezüge berücksichtigen. Tatsächlich wird wissenschaftliches Wissen (der Berater, d.h. ihr Rat) von der Politik auf dem Hintergrund der Wert- und Interessenbezüge bewertet und interpretiert.

6. Können Berater vermeiden, dass ihre Ratschläge „schubladisiert“ werden oder auf andere Weise ohne Wirkung bleiben?

Sie können es nicht vermeiden. Es gehört aber zu den Grundsätzen ‚guter Praxis‘ der Politikberatung, dass der Rat nach einer Bedenkfrist öffentlich gemacht wird und die beratenen Politiker ihre Gründe dafür nennen, warum sie den Rat nicht befolgen.

7. Tragen Berater Verantwortung? Wofür?

Berater tragen die Verantwortung für die Qualität ihres Rates, d.h. für die Verlässlichkeit des Wissens und die Angemessenheit des Rates. Dazu zählt auch, dass sie falsche bzw. missbräuchliche Interpretationen ihres Rates als solche kenntlich machen. Soweit möglich sollen Berater auch die politischen Implikationen ihres Rates mit bedenken.

8. Wie sollten sich Politikberater verhalten, wenn sie von ihren Auftraggebern manipuliert werden?

Berater sollen im Fall der Manipulation durch ihre Auftraggeber das Beratungsverhältnis aufkündigen bzw. die Manipulation öffentlich machen.

9. Sollte es eine Beratungsethik für Politikberater geben, damit sie auch lernen, ihren Auftraggebern zu widersprechen.

Die Beratungsethik ist in Grundzügen in den von der BBAW entwickelten und von der Nationalen Akademie übernommenen Leitlinien guter Politikberatung enthalten. Darin wird die Unabhängigkeit der Berater als eine zentrale Bedingung genannt. Zur Unabhängigkeit gehört auch, zu widersprechen.

10. Können Experten überhaupt vor großen Krisen warnen (siehe Finanzkrise?)

Manchmal Ja, oft nein. Die Experten warnen seit drei Jahrzehnten vor dem anthropogenen Klimawandel. Die Politik stellt sich langsam darauf ein. Dennoch ist nicht damit zu rechnen, dass sie ihn abwenden können wird. Auch vor der Finanzkrise haben einzelne Experten gewarnt, aber ihre Warnungen sind ungehört verhallt. Da Warnungen vor Krisen Prognosen sind und Prognosen so gut wie nie exakt sein können, stehen sich immer Warner und Skeptiker gegenüber.